



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Schmitz

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de

Datum: 17.11.2016

Niederschrift

über die **16. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 15.11.2016, 17:00 Uhr bis 18:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Dagmar Paffen	auf Vorschlag der SPD
Frau Monika Schultes	SPD in Vertretung für Frau Frebel
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Gräfin Alexandra von Wengersky	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der FDP

Beratende Mitglieder

Frau Liane Bchir	AFD
------------------	-----

Beratende Mitglieder

Herr Ulf Florian	SPD
Frau Helga Schlapka	auf Vorschlag der SPD
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Thomas Rossbach	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Stephan Horn	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dieter Schöffmann	auf Vorschlag der Grünen

Herr Robert Wande

auf Vorschlag der FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Abdullah Aydik

DEIN KÖLN

Frau Hedwig Krüger-Israel

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Herr Dr. Höver

Bürgeramt Innenstadt

Herr Schmitz

Bürgeramt Innenstadt

Frau Shepperson

Bürgeramt Innenstadt

Frau Ramos

Amt für Soziales und Senioren

Herr Höhn

KVB AG

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel

SPD

Frau Berivan Aymaz

GRÜNE

Beratende Mitglieder

Frau Judith Wolter

pro Köln

Herr Thor-Geir Zimmermann

Gute Wählergruppe Köln

Frau Gülgün Durdu

DEIN KÖLN

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Herr Joachim Geysse

auf Vorschlag der CDU

Herr Felix Schneider

auf Vorschlag von DIE LINKE

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Aufgrund von Termenschwierigkeiten beschließt der Ausschuss für die Sitzungen am 13.12.2016 und am 24.01.2017 geänderte Anfangszeiten:

13.12.2016: 13.00 Uhr

24.01.2017: 16.00 Uhr

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Mitteilungen

- 2.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" - Vorlage 0990/2016
hier: Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln
2763/2016
- 2.2 Zurückgewiesene Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Kassen- und Steueramt (Az.: 02-1600-107/16)
3097/2016
- 2.3 Bürgereingabe gem. § 24GO, betr. Verlängerung der Buslinie 191 (0828/2016)
Mitteilung über den Stand der Bearbeitung
3626/2016
- 2.4 Zurückgewiesene Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Messstellen für die Messung der Luftqualität in Köln (AZ.: 02-1600-127/16)
3512/2016
- 2.5 Weiterleitung einer Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Sperrung der Domumgebung für den Autoverkehr (Az.: 02-1600-59/16)
3655/2016
- 2.6 Weiterleitung einer Bürgereingabe gem. § 24 GO an den Stadtentwicklungsausschuss, betr.: Bauvorhaben 1. FC Köln (Az.: 02-1600-97/16)
3722/2016

3 Anfragen

- 3.1 Mündliche Anfragen
- 3.2 Schriftliche Anfragen

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Anfahrtszeiten des RRX an den Bahnhöfen Köln-Mülheim und Benrath/Rheinland (Az.: 02-1600-124/16)
3015/2016
(zurückgestellt bis zur Sitzung am 13.12.2016)

- 4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Gültigkeitsdauer KölnPass für Dauerpflegekinder (Az.: 02-1600-130/16)
3326/2016
- 4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Senkung der KVB/VRS-Fahrpreise für arbeitende Rentnerinnen und Rentner (Az.: 02-1600-131/16)
3464/2016

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Mitteilungen

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfragen

6.2 Schriftliche Anfragen

7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Mitteilungen

2.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" - Vorlage 0990/2016 hier: Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln 2763/2016

Kenntnis genommen.

2.2 Zurückgewiesene Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Kassen- und Steueramt (Az.: 02-1600-107/16) 3097/2016

Kenntnis genommen.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, verweist auf die intensiven Bemühungen der Verwaltung aufgrund der Beschwerde der Bürgerin.

2.3 Bürgereingabe gem. § 24GO, betr. Verlängerung der Buslinie 191 (0828/2016) Mitteilung über den Stand der Bearbeitung 3626/2016

Kenntnis genommen.

Herr Schneider, SPD, äußert sich positiv zu dem Inhalt der Mitteilung.

Herr Pohl, CDU, zeigt sich kritisch, da eine Erwartungshaltung geweckt worden sei, die nicht erfüllt werde.

Herr Höhn, KVB, führt aus, dass der aufgezeigte Zeitbedarf im Zusammenhang mit weiteren Einzelprojekten stehe, die bei sehr begrenzten Kapazitäten einen erheblichen Bearbeitungsaufwand erfordern.

2.4 Zurückgewiesene Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Messstellen für die Messung der Luftqualität in Köln (AZ.: 02-1600-127/16) 3512/2016

Kenntnis genommen.

2.5 Weiterleitung einer Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Sperrung der Domumgebung für den Autoverkehr (Az.: 02-1600-59/16) 3655/2016

Kenntnis genommen.

2.6 Weiterleitung einer Bürgereingabe gem. § 24 GO an den Stadtentwicklungsausschuss, betr.: Bauvorhaben 1. FC Köln (Az.: 02-1600-97/16) 3722/2016

Kenntnis genommen.

3 Anfragen

3.1 Mündliche Anfragen

Frau Akbayir, Linke, fragt nach, ob die angekündigte Bürgerinformationsveranstaltung zum Neubau der Gesamtschule Köln-Höhenhaus stattgefunden habe.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, teilt mit, dass die Veranstaltung stattgefunden habe. Die Ausschussmitglieder wurden per E-Mail hierzu eingeladen. Die Vorlage zu der entsprechenden Bürgereingabe wird in der Sitzung am 13.12.2016 wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, teilt mit, dass die beschlossenen Maßnahmen zur Erleichterung des Parkens für DLRG Übungsleiter am Genovevabad umgesetzt wurden. Dies sei sehr erfreulich.

3.2 Schriftliche Anfragen

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Anfahrtszeiten des RRX an den Bahnhöfen Köln-Mülheim und Benrath/Rheinland (Az.: 02-1600-124/16) 3015/2016

Zurückgestellt bis zur Sitzung am 13.12.2016

4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Gültigkeitsdauer KölnPass für Dauerpflegekinder (Az.: 02-1600-130/16) 3326/2016

Der Petent hat sich entschuldigt. Die schriftliche Stellungnahme wurde den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Frau Ramos, Amt für Soziales und Senioren, führt aus, dass die Gültigkeitsdauer für den KölnPass grundsätzlich ein Jahr betrage, da der KölnPass in der Regel von den wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig sei. Aber auch bei Anspruchsberechtigten nach dem SGB VIII werde nach einem Jahr geprüft, ob die Anspruchsvoraussetzungen weiterhin vorliegen. Anders als vom Petent dargestellt, verbleiben nicht alle Kinder auf Dauer in einer Pflegefamilie. Es sei nie vorhersehbar, wann ein Kind in die Herkunftsfamilie zurückkehre. Dies hänge immer vom Einzelfall ab. Somit können sich die Bedingungen für den Bezug des KölnPasses verändern und bedürfen ebenfalls einer jährlichen Prüfung. Im Regelfall sei dies aber für die Pflegeeltern nicht mit Aufwänden verbunden. Vielmehr finde ein verwaltungsinterner Abgleich statt. Bei weiterem Vorliegen der Voraussetzungen werde der KölnPass automatisch versandt. Im vorliegenden Fall sei es aufgrund eines Fehlers im Adressabgleich nach Umzug der Pflegeeltern zu einer Verzögerung bei der Ausstellung gekommen. Hierbei handele es sich jedoch um einen Einzelfall. Der KölnPass werde Anfang des Jahres 2017 wieder automatisch versandt.

Herr Schneider, SPD, gibt zu bedenken, dass das Anliegen des Petenten nachvollziehbar sei. Pflegeeltern sollten hier nicht noch zusätzlichen Arbeitsaufwand haben. Es handele sich aber, wie von der Verwaltung dargestellt, um einen Einzelfall.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, führt aus, dass in der Begründung der Beschlussvorlage dieser Sachverhalt leider nicht so deutlich herausgestellt wurde. Zu der grundsätzlichen Anregung, die Bezugsdauer des KölnPasses über die 12 Monate hinaus zu verlängern, habe die Verwaltung ebenfalls nachvollziehbar Stellung genommen.

Frau Ramos, Amt für Soziales und Senioren, stellt dar, dass derzeit für Personengruppen, bei denen keine Änderungen der persönlichen Voraussetzungen zu erwarten seien, geprüft werde, ob die Bezugsdauer verlängert werden kann. Hierunter fallen z.B. Rentnerinnen und Rentner. Hierzu sei aber ein entsprechender Beschluss des Rates notwendig. Bei Pflegekindern werden diese Voraussetzungen aber nicht gesehen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss spricht sich jedoch aus den dargestellten Gründen gegen eine Ausweitung der Gültigkeitsdauer von KölnPässen für Dauerpflegekinder aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Senkung der KVB/VRS-Fahrpreise für arbeitende Rentnerinnen und Rentner (Az.: 02-1600-131/16) 3464/2016

Die Petenten begründen ausführlich ihre Eingabe. Insbesondere wird die Tarifausgestaltung der KVB und des VRS kritisiert, welche aufgrund der Höhe der Fahrpreise zahlreiche Rentnerinnen und Rentner von der ÖPNV-Nutzung ausschließe. Notwendige Zuverdienste zur Altersrente würden von den Fahrpreisen zu einem beträchtlichen Teil aufgezehrt. Die Preise sollten drastisch gesenkt werden. Es wird auf die günstigere Tarifgestaltung des ÖPNV in Wien verwiesen, die zu einer erhöhten Nutzung des ÖPNV führe. Hierdurch sei ebenfalls eine Verringerung des PKW-Verkehrs erreicht worden.

Herr Höhn, KVB AG, stellt dar, dass die KVB AG und der VRS über ein differenziertes Tarifangebot verfügen. Hierdurch soll jedem im Rahmen seiner Möglichkeiten das ÖPNV-Angebot offen stehen. Hierzu gebe es unabhängig vom Alter stark rabattierte Tickets über den Mobilpass. Dieses ist sowohl als Monats- als auch als Einzelticket verfügbar und koste ungefähr die Hälfte des Aktiv60 Tickets. Zu dem Berechtigtenkreis des Mobilpasstickets zählen nicht nur Empfänger von SGB II Leistungen, sondern auf Beschluss des Rates der Stadt Köln auch Personen, die mit ihrem Einkommen 30 % über der Berechnungsgrenze liegen. In Wien werde die Auswirkung der angesprochenen Ticketrabattierung auf den städtischen Haushalt derzeit geprüft.

Herr Horn, Grüne, merkt an, dass das derzeitige Tarifsystem aufgrund des notwendigen Jahresabonnements für das Aktiv60 Ticket unflexibel sei. Dies werde von den Petenten ebenfalls kritisiert. Diese hielten es für wünschenswert, das Ticket auch als Monats- oder Wochenkarte erwerben zu können. Er fragt nach, welche Berechnungsgrundlagen der VRS bei der Ablehnung des Quartalstickets im Jahr 2013 zugrunde gelegt habe.

Herr Hammer, Grüne, fragt nach dem Berechtigtenkreis für das Mobilpassticket. Hier gebe es im VRS Gebiet Unterschiede.

Herr Höhn, KVB AG, schildert, dass das Aktiv60 Ticket mit dem Ziel einer weiteren Rabattierung für den Personenkreis der Rentnerinnen und Rentner gegenüber dem Formel 9 Ticket eingeführt wurde. Das Mobilpassticket im VRS ist teurer als in Köln, da der Rat hier einen entsprechenden Beschluss zur Ausweitung des Berechtigtenkreises gefasst hat. Er weist darauf

hin, dass das Tarifsystem der KVB nicht kostendeckend sei, sondern einen Beitrag zur Finanzierung des ÖPNV darstelle.

Frau Akbayir, Linke, fragt nach, ob es Möglichkeiten gebe, den Berechtigtenkreis für das Mobilpassticket zu erweitern. Des Weiteren regt Sie die Einführung eines Bürgertickets an.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, fragt nach, ob es nach Einführung des Aktiv60 Tickets geringere Einnahmen gegeben habe oder ob durch die Einführung mehr Personen die KVB genutzt haben und sich die Verluste somit ausgeglichen haben.

Herr Höhn, KVB, führt aus, dass die Erweiterung des Berechtigtenkreises für den Köln Pass vor kurzem im Sozialausschuss diskutiert und verworfen wurde. Grund hierfür war die Unwägbarkeit der entstehenden Mehrkosten. Hinsichtlich der Einführung eines Bürgertickets bzw. einer kostenlosen Nutzung des ÖPNV sei die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Finanzierung des ÖPNV zur Sicherstellung einer Planungsgrundlage notwendig. Bei einer Finanzierung aus öffentlichen Mitteln sei es bei einer schlechten Haushaltslage schwer, das Angebot aufrecht zu erhalten. Eine kostenlose Nutzung des ÖPNV hätte eine unabwägbarste Steigerung der Nachfrage zur Folge. Diejenigen Städte, die ein solches Modell eingeführt haben, seien entweder sehr klein oder wieder davon abgewichen. Bei einem Bürgerticket spiele die Frage der sozialen Gerechtigkeit eine Rolle, da dann auch der Personenkreis für den ÖPNV zahlen müsste, der ihn nicht nutze. Bei einer Differenzierung näherte man sich weiter dem heutigen Tarifmodell an. Die Einführung des Aktiv60 Tickets habe zu einem Rückgang bei den Abonnements des Formel 9 Tickets geführt. Eine genaue Untersuchung sei sehr schwierig. Hinsichtlich der Einnahmenentwicklung sei ein gleichmäßiger Verlauf zu beobachten gewesen. Das Aktiv60 Ticket könne als erfolgreich bezeichnet werden. Bei der Diskussion zur Einführung eines Quartaltickets habe sich herausgestellt, dass eine weitere Tarifabsenkung nur durch eine Ausgleichzahlung zu erreichen sei. Aufgrund der Haushaltslage wurde diese Überlegung nicht weiter verfolgt.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, führt aus, dass durch die Kostenneutralität bei Einführung des Aktiv60 Tickets auch über die Einführung eines Quartals- oder Monatstickets nachgedacht werden sollte. Bei einer vermehrten Nutzung des ÖPNV sei hier wiederum mit einer Kostenneutralität zu rechnen.

Frau Domke, FDP, regt ein Aktiv60 Ticket ohne Vertragsbindung an.

Herr Erkelenz, CDU, verweist auf das angebotene Viererticket oder das Handyticket, welche ebenfalls bereits rabattiert seien.

Herr Schneider, SPD, führt aus, dass Herr Höhn die Situation sehr treffend dargestellt habe. Das jetzige Tarifsystem biete bereits umfangreiche Angebote auch für schwächere Gruppen der Bevölkerung. Er spricht sich daher für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Herr Hammer, Grüne, regt an, den Beschlussvorschlag der Verwaltung um einen Prüfauftrag zu den Kosten für die Einführung eines Quartals- oder Monatstickets zu erweitern.

Herr Pohl, CDU, schließt sich dem Vorschlag von Herrn Hammer an.

Die Petenten bedanken sich für die konstruktive Diskussion.

Herr Höhn, KVB, ergänzt, dass er den Prüfauftrag so interpretiere, dass die KVB darstellen solle, zu welchen Preisen ein Aktiv60 Monats- oder Quartalticket außerhalb eines Abonnementvertrages angeboten werden könnte.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, schlägt aufgrund des Beratungsverlaufs folgenden geänderten Beschlusstext vor:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Initiative „JOBS60plus“ für ihre Eingabe. Der Ausschuss bittet die KVB und den Verkehrsausschuss zu prüfen, zu welchen Preisen ein Aktiv60 Monats- oder Quartalticket außerhalb eines Abonnementvertrages angeboten werden könnte.“

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Initiative „JOBS60plus“ für ihre

Eingabe. Der Ausschuss bittet die KVB und den Verkehrsausschuss zu prüfen, zu welchen Preisen ein Aktiv60 Monats- oder Quartalticket außerhalb eines Abonnementvertrages angeboten werden könnte.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Mitteilungen

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfragen

6.2 Schriftliche Anfragen

7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

gez.

Thelen
Vorsitzender

gez.

Schmitz
Schriftführer